

AUS DEN WAHLKREISEN

Friedrichshain-Kreuzberg. Der frühere Juso-Bundesvorsitzende Björn Böhning soll für Friedrichshain-Kreuzberg in den Bundestag einziehen. Bei einer Mitgliederbefragung der SPD setzte sich Böhning im ersten Wahlgang mit 57 Prozent der Stimmen gegen die beiden Mitbewerber Harald Georgii und Ahmet Iyidirli als Bundestagskandidat durch.

Spandau/Charlottenburg-Nord. Der bisherige Spandauer Bundestagsabgeordnete Swen Schulz soll den Wahlkreis auch in der kommenden Legislaturperiode vertreten. Bei der Befragung der Mitglieder am 16. November konnte Swen Schulz eine Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen. Von den 418 gültigen Stimmen entfielen 337 auf Schulz. 81 Mitglieder votierten für Ulrike Sommer. An der Befragung beteiligten sich 424 der 1050 Mitglieder der SPD Spandau und Charlottenburg-Nord, die im Wahlkreis wohnen.

Neukölln. Der bisherige Bundestagsabgeordnete Ditmar Staffelt verzichtet auf eine erneute Kandidatur. Bereits im Januar legt er sein Mandat nieder, um eine leitende Position beim Luftfahrtkonzern EADS zu übernehmen. Für ihn rückt dann die ASF-Vorsitzende Eva Högl nach. Die Neuköllner SPD entscheidet im Februar über die Wahlkreiskandidatur.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de

„DAS SOZIALE BERLIN STÄRKEN“

Michael Müller: Wir machen die Stadt zukunftsfähig

Berlin kommt voran: Die Arbeitslosenzahlen sinken, es gibt mehr Investitionen in Bildung und in die Erhaltung der Stadtquartiere. Darauf weist der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller jetzt im vorwärts-Interview hin.

Herr Müller, hat Berlin jetzt wieder mehr Geld zum Ausgeben zur Verfügung?

Michael Müller: Wir haben uns in den vergangenen Jahren unter großen Anstrengungen und mit viel Solidarität in der Stadt neue Spielräume erkämpft. Berlin investiert wieder: in kostenlose Kitabetreuung, in mehr Lehrerstellen, in Wissenschaft und Forschung, in die Stadtquartiere. Das zahlt sich aus. Damit machen wir die Stadt zukunftsfähig. Und wir stärken das soziale Berlin.

Mehr Geld wird Berlin nun auch für den Öffentlichen Dienst ausgeben.

Michael Müller: Die Tarifeinigung ist aus meiner Sicht ein guter Kompromiss. Für die Berlinerinnen und Berliner ist die gute Nachricht, dass Kitas und Bürgerämter wieder uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst macht der Senat deutlich: Ihre Arbeit ist wichtig für unsere Stadt. Und mit den Erhöhungen ist der Senat an die äußersten Grenzen seiner Möglichkeiten gegangen. Uns war es wichtig, dass die unteren Einkommenschichten besonders von der Einigung profitieren. Deshalb habe ich mich bereits Anfang des Jahres für einen Sockelbetrag eingesetzt, der bei der jetzt vorliegenden Einigung auch beschlossen wurde.



Michael Müller.

Berliner Stimme: Weltweit gibt es zur Zeit ein beherrschendes Thema: die Finanzmarktkrise. Welche Auswirkungen haben wir in Berlin zu befürchten?

Michael Müller: Diese Krise verlangt den aktiven Staat. Und da sind Sozialdemokraten gut gerüstet. Es ist dem entschlossenen Handeln des sozialdemokratischen Bundesfinanzministers zu verdanken, dass wir in Deutschland ein umfangreiches Stabilisierungspaket für die Banken haben. Und es sind sozialdemokratische Vorschläge, die jetzt zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen. Die verbesserte Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen, die Förderung ökologischer Sanierungsmaßnahmen - das sind Maßnahmen, die auch in Berlin Arbeitsplätze sichern. Die bewältigte Berliner Bankenkrise macht sich übrigens positiv bemerkbar: Anders als andere Bun-

desländer muss Berlin nicht für die Ausfälle einer Landesbank einstehen.

Berliner Stimme: Dennoch: Wirtschaftsexperten warnen vor einer Rezession.

Michael Müller: Berlin kann sich von weltweiten Entwicklungen natürlich nicht abkoppeln, aber wir haben in den vergangenen Jahren die Grundlagen für eine positive Entwicklung geschaffen. Eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt: Berlin hat seine Innovationskraft in den letzten Jahren gesteigert, während sie im Bundesdurchschnitt rückläufig war. Die Arbeitslosigkeit in der Region Berlin-Brandenburg ist zuletzt auf den niedrigsten Stand seit 13 Jahren gesunken. Die Zunahme bei den sozialversicherungspflichtigen Jobs lag in diesem Sommer deutlich über dem Bundesdurchschnitt. In der Kreativwirtschaft entstehen neue Arbeitsplätze, die Gesundheitswirtschaft gewinnt immer stärker an Bedeutung, Pharmaunternehmen wie Pfizer verlegen ihre Deutschlandzentrale aus gutem Grund nach Berlin. Im Tourismus sind wir erfolgreich, Berlin hat eine internationale Ausstrahlungskraft, die in unserer Stadt selbst oft gar nicht wahrgenommen wird. Zu unserem Bild einer sozialen Stadt gehört aber auch die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger Berlins. Starke landeseigene Unternehmen wie die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die BSR und die BVG sind uns wichtig. Deswegen haben wir Privatisierungen in diesen Bereichen grundsätzlich ausgeschlossen. ■ **Interview: Ulrich Horb**

IN GUTER TRADITION

Anmeldung zu Gedenkstättenfahrten jetzt möglich

Der SPD Landesverband Berlin bietet auch im kommenden Jahr in Kooperation mit Paper Press Studienreisen wieder zwei Gedenkstättenfahrten im Frühjahr und Herbst an. Anmeldungen dazu sind ab sofort möglich.

Vom 24. bis 29. Mai 2009 führt eine Fahrt nach Krakau, Auschwitz und Birkenau. Auf dem Programm stehen Studienführungen durch die ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau sowie Kranzniederlegungen. Eine Führung durch das „jüdische Krakau“ zeigt u.a. die alte Fabrik von Oskar Schindler, das Jüdische Ghetto und die alte Synagoge.

Die Fahrt erfolgt im Reisebus, die Teilnehmerbeiträge liegen bei 498,00 Euro pro Person (Doppelzimmer) bzw. 693,00 Euro (Einzelzimmer). An der Fahrt kön-

nen alle Interessenten ab 18 Jahren teilnehmen, jüngere in Begleitung von Erziehungsberechtigten bzw. Verwandten oder Beauftragten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer können bei ihrem Arbeitgeber Bildungsurlaub beantragen. Die Mitgliedschaft in der SPD ist nicht erforderlich.

Voranmeldungen sind auch für die zweite Tour nach Danzig und Stutthof vom 19. bis 23. Oktober 2009 ab sofort möglich. Das vollständige Programm dafür wird Anfang kommenden Jahres vorliegen. Für beide Fahrten gibt es jeweils ein Vorbereitungstreffen aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Anmeldungen und Auskunft unter Telefon 705 40 14 – Mail: post@paperpress.de – im Internet unter: www.gedenkstaettenfahrten.de ■ **vwb**



Ombudsleute aus der EU trafen sich in Berlin mit Ralf Hillenberg (v.l.).

DIENST AM BÜRGER

Gastgeber eines Treffens regionaler Ombudsleute und Petitionsausschüsse aus der EU war im November der Vorsitzende des Petitionsausschusses im Abgeordnetenhaus Ralf Hillenberg. Beim Erfahrungsaustausch ging es um das „effektive Arbeiten für die Bürger“. Die Ombudsleute wollen weiter für einen wirksamen Schutz der Schwächeren in der Gesellschaft sorgen, so Hillenberg.